

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Rieser, Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Rieser, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Leipzig 21366, Postkassette Rieser Nr. 52.

Nr. 14.

Dienstag, 18. Januar 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 1.— Mark ohne Postgebühren, bei Abrechnung am Monatsende monatlich 1.10 Mark ohne Postgebühren. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 zum Großteil, 1 mm hohe Grundchrift-Beile (7 Spalten) 1.10 Mark, Preis für 1.— Mark; Zeitungsabnehmer und tabellarisches Kontingent gedr. 30 Pf. Nachdruck- und Vertriebsgebühren 30 Pf. Keine Cash. Weniger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Betrieb der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung über die Rückzahlung des Bezugspreises. Abrechnung des Bezugspreises. Stationen- und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Schönel, Rieser; für Druck: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Erfolgt die Maul- und Klauenseuche in Wark bei D. Donner, S. Stöber; in Gröba bei Oswin Gennia. Die gegen diese Seuche erlassenen Sperrmaßnahmen werden hiermit wieder aufgehoben. Die Gemeinden Wark, Gröba mit Gutsbezirk, Scheibitz aus dem Sperr- und Beobachtungsgebiet aus. Die Gemeinden Bromitz, Gröba mit Gutsbezirk, Röhrenau und Forstberg Scheibitz aus dem Beobachtungsgebiete aus. Großenhain, am 17. Januar 1921. Die Amtshauptmannschaft.

Mittwoch, den 19. Januar, vorm. 10 Uhr sollen im Amtsgerichte Rieser einlage Duhand Messer und Gabeln, Kartoffelbreiten, Cutzgarnturen und email. Einzer veräußert werden. Der Gerichtsvollzieher.

## Ausgabe der Landesfettkarten.

In den bekannten Ausgabezeiten findet Donnerstag, den 20. Januar 1921, vormittags 10—12 Uhr die Ausgabe der Landesfettkarten (Butterkarten) auf die Zeit vom 24. Januar bis 24. Juli 1921 statt. Butterfettkarten erhalten keine Landesfettkarten. Der Rat der Stadt Rieser, am 18. Januar 1921.

## Der Reichskanzler zum Reichspedestag.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß des heutigen Tages folgende Rundrede erlassen:  
Am 18. Januar sind 50 Jahre seit der Einigung der deutschen Stämme zu einem einheitlichen Staatsgebilde vergangen. Die Sehnsucht unserer Vorfahren, das heilige Verlangen weiter Schichten des Volkes in allen deutschen Gauen fanden hierdurch ihre späte Erfüllung, und diese Erfüllung blieb von Dauer. In allen schwerlichen Verleuten, die uns jetzt durch Krieg und Frieden betroffen haben, ist uns fast als einigendes das eine große Unplut erspart geblieben, daß die deutschen Länder wieder aufeinandergefallen sind. Wir halten aneinander fest. Darüber wollen wir uns freuen, wenn wir auch mit besonderer Trauer an diesem Tage zu allen deutschen Landesstellen hinüberblicken müssen, die gegen ihren Willen von ihrem Stammesbrüdern getrennt sind, und auf das besonders schwerleidende Deutschland, das mit dem Herzen zu uns steht, wie wir zu ihm. Unsere innere staatliche Einheit weiter zu erhalten und zu festigen, muß unser aller, letzter Wille sein. Wenn uns auch politische und wirtschaftliche Anschauungen mehr als gut ist trennen, in einem sind wir alle einig: Grenzen sollen nicht trennen. Die Einheitlichkeit unseres deutschen Vaterlandes ist für uns alle ein Stück unseres Glaubens, unserer Liebe und unserer Hoffnung.

Berlin, den 18. Januar.  
Der Reichspräsident: gen. Oberst.  
Der Reichskanzler: gen. Fehrenbach.

Reichstag und 18. Januar. Im Reichstag wird des Tages der Reichsgründung, des 18. Januar 1871, gedacht werden. Reichspräsident Eberth wird in der ersten Sitzung nach den Ferien am 19. Januar in seiner Begrüßungsansprache auf den bedeutsamen 18. Januar hinweisen. Ob noch in anderer Form dazu Stellung genommen wird, hängt von den Beschlüssen des Reichstages ab.

In den Bemerkungen zum 18. Januar, die der „Vorwärts“ unter der Überschrift „Es lebe die Republik!“ veröffentlicht, heißt es: Der deutsche Einheitsgedanke ist revolutionärer Ursprung. Das der 4. September für Frankreich war, wurde der 9. November für Deutschland. Künftigen Zeiten wird es fast als ein Wunder erscheinen, daß der Hammer des furchtbaren aller Kriege nur ein paar Stützpunkte vom Stamm ablösen konnte, während dieser selbst ungeschwächt blieb. Die Demokratie war Deutschlands erhaltende Kraft. Am 4. September und 9. November haben zwei Welterlöser Leben bewiesen, sind zwei Staaten neu gegründet worden, die im ewigen Kampfe gegen einander alles zu verlieren, im gemeinsamen Ringen für höhere Formen menschlicher Kultur alles zu gewinnen haben.

## Die Bergarbeiter für Sozialisierung.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der zur Zeit in Berlin unter Beteiligung sämtlicher deutscher Bergwerksgebiete eine Vorbereitungsarbeit abhält, beschäftigt sich u. a. auch mit der Sozialisierungsfrage. Eine Entschließung lautet: Wir verstehen unter Sozialisierung die Übertragung der vollen Verfügungsgewalt über die Gewinnung und Verteilung der Bodenschätze auf eine durch die Reichsregierung berufene Vertretung des Volksganzen. Der unbedingt nötige Schutz der öffentlichen Interessen gegen die privatkapitalistische Monopolstellung der Bergwerke unserer wichtigsten Rohstoffindustrie ist der Hauptgrund für unsere Sozialisierungsforderung. Sie ist keine „Bestelle Bergarbeiterfrage“, sondern eine Wirtschaftsfrage. Der Vorschlag, „Aktivitäten“ auszugeben, will die soziale menschliche Bewusstheit noch verstärken. Der Verband lehnt das entschieden ab. Von der Reichsregierung werden wir, daß sie das am 5. August und 22. September 1920 gegebene Versprechen, einen Gesetzentwurf, der die tatsächliche Sozialisierung des Bergbaues bezweckt, einzubringen, ohne weitere Verzögerung einlöst.

In diesem Erkenntnis des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands zur Sozialisierung läßt sich der „Vorwärts“ wie folgt äußern: Die Resolution wirkt in ihrer völligen Unschwankheit äußerst erfreulich. Begrüßt werden muß die klare Umschreibung des Begriffes Sozialisierung und ferner die entscheidende Ablehnung jener kleinbürgerlich-kapitalistischen Denkwiese, die von dem Kapitalismus der Arbeiterklasse so gern nachgelagert wird. Die Sozialisierungsfrage, die seit nunmehr fast einem halben Jahre sich um die Erfüllung ihrer Versprechen zu drängen sucht, wagt sich durch die entschlossene Sprache der Resolution der maßgebenden Bergarbeiterorganisationen in Deutschland warmen an.

Die Berliner Buchdrucker gegen Moskau. Die Berliner Buchdrucker nahmen in einer hartnäckigen Versammlung am Sonntag entschlossene Stellung gegen Moskau. In den kommunistischen Demonstrationen am Sonntagabend meinte der „Vorwärts“, man habe die Zahl von Spitzel- und Kundschaftern zu sprechen, freilich einer sehr verhängnisvollen und verwerflichen Art.

## Rum Kabinettswechsel in Frankreich.

Ueber das neue Ministerium sagt „Echo de Paris“: Das große Ministerium der nationalen Vereinigung, das man und versprochen hatte, ist zu einem bescheidenen Ministerium mittlerer Klasse zusammengedrückt. Wir können nur wünschen, daß das Programm des neuen Ministeriums dem Ernste der Stunde und den Wünschen des Landes entspricht. Wir wünschen klare und einfache Taten zu sehen. „Le Journal“ schreibt: Das neue Ministerium stellt eine weitgehende Zusammenfassung aller Schattierungen der republikanischen Meinungen dar. Parlament und Land werden ohne Zweifel geneigt sein, Briand einen großen Kredit zu gewähren, ohne den er nichts unternehmen kann. „Le Journal“ erklärt: Die Stunde gehört den großen Taten, den großen Gedanken und der großen Verantwortung. Für den Nachfolger eines Poincaré und eines Clemenceau und an der Spitze eines Millerand, der eine so hohe Auffassung von seinem Amt hatte, blieb in der Geschichte der Welt kein Platz. In der „Humanität“ heißt es u. a.: Das neue Ministerium ist ein Ministerium der Reaktion und es ist von der Art des Vertrages von Versailles. Es trägt den Namen der Schmach und des Verfalls in sich. Der „Aurore“ führt aus: Das neue Ministerium ist nicht das Ministerium, das man sich wünschen kann. Denn der erste Mann, den man wählte, Poincaré, ist heute ausgeschlossen, aber jedenfalls nicht für lange. Denn um von längerem Bestehen zu sein, müßte das Kabinet Briand dieselbe Politik verfolgen, wie man sie von einem Kabinet Poincaré erwartet hätte. Das ist aber unmöglich. Denn Briand ist gerade im Gegensatz zu Poincaré, dessen Bestehen man bekräftigt hatte, gewählt worden.

Zum französischen Kabinettswechsel schreibt die „Londoner Times“: Die außerordentlich biegsame Intelligenz Briands werde den britischen Standpunkt in den internationalen Fragen zu verstehen wissen. Kein Zweifel von Kabinetten oder Verfassungen dürfe die Kraft der Entschlossenheit übersteuern. Die Politik beider Länder müsse vor allen Dingen darauf gerichtet sein, nicht zuzulassen, daß Deutschland sich den im Friedensvertrage übernommenen Verpflichtungen entziehe. Inbezug auf die Entwaffnung Deutschlands ist die Lage ernst, doch besteht zwischen der englischen und der französischen Regierung in dieser Angelegenheit völlige Übereinstimmung. „Daily News“ führt aus: Die britische öffentliche Meinung sei einmütig von der Wichtigkeit der Aufrechterhaltung des engen Zusammenarbeitens und der Kameradschaft unter den Ministern überzeugt. Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post“ erklärt, die Ernennung Briands zum französischen Ministerpräsidenten wird in England begrüßt werden. Wood George wird in Briand eher einen Mitarbeiter als einen Gegner finden. Das Blatt fügt hinzu, die aristokratischen Royalisten freuen sich über die Ernennung Briands, weil er mit dem Bruder des Königs Konstantin, Prinzen Georg, befreundet sei. „Daily Telegraph“ teilt in einem langen Artikel über den französischen Kabinettswechsel scharf die Haltung Deutschlands in der Entwaffnungsfrage mit, es bestehe kein Zweifel darüber, daß die Arbeit in der französischen Kammer entkräftet sei wegen der Schwäche, mit der Deutschland behandelt worden sei. Deutschland zeige keinerlei Bestrebungen und Absichten, irgend einen wesentlichen Teil der von ihm geschuldeten Summen zu bezahlen. Das Blatt sagt zum Schluß: Was auch immer unverantwortliche Persönlichkeiten sagen mögen, das Einverständnis mit Frankreich wird in England mehr denn je gesucht. Die englische Regierung würde nicht die Unterstützung der öffentlichen Meinung des Landes finden, wenn sie nicht strikt von Deutschland die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen verlangte.

Wichtige Interpellationen in der französischen Kammer. Ein Kabinettsrat hat gestern morgen im Ministerium für öffentliche Bauten stattgefunden, der bis mittags dauerte. Ueber die Sitzung wurde keine Note veröffentlicht. Nach der ministeriellen Erklärung wird sich Briand der Kammer zur Besprechung der verschiedenen Interpellationen zur Verfügung stellen. Folgende Interpellationen sind auf die Tagesordnung gesetzt worden: über auswärtige Politik, über Arbeiterpolitik, über die Betriebspolitik. Hiermit wird sich im Rahmen der radikal-sozialistischen Partei an der Debatte beteiligen.

Briands Programm gegen Deutschland. Briand hat sein Programm den parlamentarischen Kollegen mit folgenden Worten vorgelegt: Wir können uns nicht mit einer langfristigen Politik befassen; wir müssen die letzte Bange zur Beendigung zu bringen suchen. Es ist daher nötig, möglichst rasch die Summe zu bestimmen, die Deutschland zu bezahlen hat, sowie den Betrag der Jahresraten in Waren und Geld und den Anteil am Gewinn der deutschen Industrieunternehmen. Vor allem aber sind Beizenbarungen mit den Ministern zu treffen, um die von Deutschland auszuführenden Wechsel auf diese oder jene Weise vorzuziehen und in den Handel bringen zu können.

## Japanesische.

### Deutsches Reich.

Wiedereröffnung des Reichstages. Der Reichstag wird am Mittwoch nachmittags zwei Uhr seine Plenarsitzungen nach den Weihnachtsferien wieder aufnehmen. Die sehr reichhaltige Tagesordnung enthält u. a. eine Interpellation des Abgeordneten Aderhold und Genossen, betr. Streikrecht der Beamten.

Im Hauptauschuss des Reichstages wurden nach längerer Debatte, in welche Reichsminister noch mit einer ausführlichen Erklärung eintrat, die Ausgaben für die Technische Reichsanstalt mit 25 Millionen Mark für Beschaffung von Ausstattungsgegenständen und 15 Millionen Mark zur Durchführung der Reichsanstalt bewilligt. Ein Antrag der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und des Zentrums auf baldige Eröffnung eines Denkmals für die auf außeruropäischem Boden im Kampf gefallenen Deutschen in Berlin, um die während des Weltkrieges für die deutschen Schicksale gebliebenen Tapferen zu ehren, wird vom Hauptauschuss angenommen. Ferner bewilligte der Hauptauschuss zur Entwicklung der Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Reich eine halbe Million M. Nach Bewilligung von 36 Millionen Mark für die Durchführung der Reichstagswahlen und von 5 Millionen M. zur Fürsorge für die deutschstämmigen Auslandsbürgerlinge genehmigte der Hauptauschuss den Etat des Reichsministeriums des Innern.

Ein Flugdienst Berlin-London geplant. Aus London wird dem Berliner 8 Uhr-Abendblatt gemeldet, daß in diesem Frühjahr mit Fokker-Apparaten ein Flugdienst Berlin-London eröffnet werden soll. Amsterdam soll als Zwischenstation dienen. Von Amsterdam aus soll der Verkehr auch nach Hamburg und Kopenhagen weitergeführt werden. Die Fokker-Apparate, die angeblich zu diesem Zweck gebaut worden sind, sind für sechs Personen eingerichtet.

Rundgebung des bayerischen Gewerbeverbandes. Der Bayerische Gewerbeverband hat am Sonntag in ganz Bayern in 183 Ortsstellen Protokollversammlungen abgehalten, um gegen die Vergewaltigung des gewerblichen Mittelstandes Einspruch zu erheben, die in dem Gesetzentwurf der Sozialisierungskommission des Reichswirtschaftsrates erblickt wird, welcher den Städten das Recht der Kommunalisierung gewerblicher Betriebe gibt.

Ludendorff über den Bolschewismus und seine Bekämpfung. Den „Leips. N. Nachr.“ wird aus Paris gemeldet: Ein Vertreter der „Victoire“ hatte eine Unterredung mit Ludendorff, der erklärte, ein allgemeiner Friede in Europa sei unvorstellbar und unmöglich, so lange die Kommunisten am Ruder sind. Mit den Bolschewisten fertig zu werden, sei unbedingte Notwendigkeit. Für Ludendorff gibt es nicht nur einen russischen Bolschewismus, sondern die Bolschewisten seien überall verbreitet, sie seien in Deutschland, in Frankreich und in England zu Hause. Die Ereignisse in Hensburg scheinen das Ergebnis der Arbeit Sowjeto in Halle zu sein. In Frankreich spreche die Arbeit Cochins und die Arbeit von Tours für sich selbst. Eine Intervention in Rußland müsse von allen Mächten vorgenommen werden, aber es bedürfe nicht nur eines bewaffneten Eingreifens, sondern die Westmächte müssen ihre Politik vollständig verändern. So lange Frankreich seine Haltung gegenüber Deutschland nicht ändere, so lange gegenüber den Bolschewisten eine Unentschiedenheit betrieben werde und solange Amerika sich nicht für Europa interessiere, könne man nicht an eine Lösung der russischen Frage denken. Frankreich kümmere sich hauptsächlich darum, daß Deutschland alles bezahle. Deutschlands Patrioten sind voll sympathisch für Rußland und wünschen ihm zu helfen. Wenn Frankreich seine Politik nicht ändere, könne aber Deutschland Rußland nicht zu Hilfe kommen. Wenn man gegen die Bolschewisten eine internationale Expedition organisieren will, könne Deutschland daran teilnehmen, und es könne nicht nur Deutschland Soldaten zur Verfügung stellen, sondern auch ein deutsches Kommando. An einer inneren Umwälzung in Rußland glaubt Ludendorff nicht, weil das russische Volk außerordentlich geduldi und augenblicklich ausgehungert und verkrüppelt sei. Nur eine internationale Intervention könne Rußland vom Bolschewismus retten. Man dürfe auch nicht einen Soldaten verlieren, weil die bolschewistische Gefahr die ganze Welt bedrohe.

Italien und Deutschland. Der neue italienische Botschafter Frassati sprach mit dem Reichskanzler des Berliner Tageblattes und erklärte im Laufe der Unterhaltung: Ich bin meinen Gefühlen für Deutschland niemals untreu geworden. Habe ich doch in ihrem Vaterlande unvergeßliche Jahre verlebt. Alle habe ich daran gezwifelt, daß beide Länder gelassen seien, einander zu verheßen und zu ergänzen. Selbst in der heutigen prekären Lage, auf Ersatz fort, könne Deutschland nicht auf die Dauer niedergebhalten werden. Vielmehr sei ein Kulturvolk wie das deutsche zu sein, in der Geschichte noch eine große und würdige Rolle zu spielen. Vom Untergang Deutschlands könne keine Rede sein.

Der Kronprinz über seine Zukunft. Die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande“ veröffentlicht ein Gespräch mit dem früheren Kronprinzen, worin dieser erklärte, er würde gern nach Deutschland zurückkehren, um dort am Wiederaufbau seines Vaterlandes mitzuarbeiten; aber er